

SOLIDARITÄT



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 42 • 36. Jahrgang

Berlin, den 18. Oktober 1930

Die Forderungen der freien Gewerkschaften!

Der Bundesausschuß zur Wirtschafts- und Finanzkrise

I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergebühren dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert insolgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche, solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die frei werdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

III.

Angeichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annulierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnungen einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszufalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrecht für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ernststen Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Erregenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werttätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

Gründung neuer Betriebe im Gewerbe erschwert

Verpflichtungsabkommen perfekt!

Die Verhandlungen zwischen der gewerblichen Unternehmerorganisation (Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.) und der Vereinigung deutscher Druckmaschinenfabrikanten e. V., mit dem Ziele, maßgebenden Einfluß auf die Verschrottung gebrauchter und die Lieferung neuer Druckmaschinen auszuüben, haben nach Überwindung einer ernstlichen Krise (siehe „Solidarität“ Nr. 26: „Echt kapitalistisch!“) nunmehr doch zu festen vertraglichen Bindungen geführt.

Das Abkommen sucht von zwei Seiten her überflüssige Neugründungen zu unterbinden. Zunächst, indem es die Anschaffung neuer Maschinen in Fällen unerwünschter Neugründungen erschwert. Vor Abgabe von Angeboten an Neugründungen fragen die Mitgliedsfirmen der Vereinigung deutscher Druckmaschinenfabrikanten beim Wirtschaftsamt der gewerblichen Unternehmerorganisation an, ob es sich um wirtschaftlich zweckmäßige, solide Neugründungen handelt. Wird diese Frage verneint, so liefern die Druckmaschinenfabriken nur zu verschärften Zahlungsbedingungen (Baranzahlung, kurze Zahlungsstermine). Als Gegenleistung übernehmen die Mitgliedsfirmen der gewerblichen Unternehmerorganisation die Verpflichtung, die Vereinigung der Druckmaschinenfabriken von Angeboten neuentstandener oder ausländischer Druckmaschinenfabriken zu unterrichten, damit die Mitgliedsfirmen der Vereinigung entsprechende Gegenangebote einreichen können.

Praktisch weit aus bedeutungsvoller sind die Vereinbarungen über die Verschrottung gebrauchter Maschinen. Durch namhafte finanzielle Zuschüsse sollen die Verkäufer gebrauchter Druckmaschinen veranlaßt werden, die Maschinen verschrotten zu lassen, statt sie zur Produktion an gewerbliche Betriebe weiterzuverkaufen. Allerdings werden diese Zuschüsse nur an Mitgliedsfirmen der gewerblichen Unternehmervereinigung gezahlt. Voraussetzung ist ferner, daß das Baujahr der zu verschrottenden Maschine nicht vor 1890 liegt. Von letzterer Voraussetzung sind in bestimmten Fällen Ausnahmen zulässig. Unter das Abkommen fallen die Maschinenkategorien: Schnellpressen (Halbzylinder-, Schwingzylinder-, Ein- und Zweitourenschnellpressen usw.), Tiegeldruckpressen und Bogentiefdruckmaschinen. Das Abkommen begann mit dem 1. September d. J. Die Zahlung der Zuschüsse wird von einer bestimmten Kontrolle abhängig gemacht, die sich auf die Produktionsfähigkeit, auf die Dauer des Besitzes (mindestens 2 Jahre) und die völlige Unbrauchbarmachung der zu verschrottenden Maschine in den wesentlichen Teilen erstreckt.

Sind alle Voraussetzungen erfüllt und fällt die Kontrolle befriedigend aus, so werden im einzelnen folgende Zuschüsse geleistet: Die gewerbliche Unternehmerorganisation zahlt auf dem vom Schrotthändler zu zahlenden Schrottwert in bar den Betrag des Schrottwertes, mindestens aber 5 Mark je 100 Kilogramm Maschinengewicht. Die Druckmaschinenfabriken zahlen außerdem das Dreifache des Zuschusses der gewerblichen Unternehmerorganisation, allerdings nicht in bar, sondern in Form von Gutscheinen, die in einem Zeitraum von drei Jahren beim Ankauf neuer Druckmaschinen bis zur Höhe von 15 Prozent des Angebotspreises in Zahlung gegeben werden können. Diese Gutscheine sind innerhalb der Mitglieder der gewerblichen Unternehmerorganisation übertragbar. Als Austauschzentrale stellt sich das Wirtschaftsamt der gewerblichen Unternehmerorganisation zur Verfügung. Die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zahlt ferner an ihre Mitglieder aus Gründen vorbeugender Unfallversicherung den Betrag von 100 Mark für jede verschrottete Halbzylinder-Schnellpresse, wenn sich die betr. Mitglieder verpflichten, neue Halbzylinder-Schnellpressen nur mit vorschriftsmäßigen Schutzvorrichtungen zwischen Form und Walzen aufzustellen. (Für jede vorschriftsmäßige Schutzvorrichtung vorgenannter Art, die im Jahre 1930 geliefert wird, zahlt die Berufsgenossenschaft außerdem bei Maschinen für ein Papierformat von 70 x 100 cm und darüber 100 Mark, bei kleineren 80 Mark.)

Das ist im wesentlichen der Inhalt des Verschrottungsabkommens. Die einschneidende Bedeutung dieses Abkommens auf dem Gebiete der Preisbildung, der betrieblichen Größenverhältnisse und — der Tarifpolitik wird sich voraussichtlich erst in einigen Jahren klar herausstellen. Vorausgesetzt allerdings, daß das Abkommen Bestand haben wird, denn es läßt sich nicht übersehen, daß, vom finanziellen Teil abgesehen, ausgiebig lediglich mit G m p f e l u n g e n gearbeitet worden ist.

Zwei Bedenken wollen wir nicht verschweigen. Dem Wirtschaftsamt der gewerblichen Unternehmerorganisation ist die Aufgabe zugefallen, über Zweckmäßigkeit und Solidität von Neugründungen zu entscheiden. Eine höchst verantwortliche und schwere Aufgabe, denn jeder Irrtum, jede Voreingenommenheit, von der das Wirtschaftsamt beeinflusst werden könnte, kann für einzelne Betriebe oder Menschen bitteres Unrecht schaffen. Das zweite und stärkere Bedenken: Was wird geschähen,

wenn nach geraumer Zeit die Droßelung von Neugründungen überflüssig geworden ist, weil die Übereinstimmung zwischen Produktionsfähigkeit und Bedarf wieder hergestellt wurde? Wird man dann die neugeschaffene Waffe benutzen, um den bestehenden Betrieben eine monopolähnliche Stellung zu sichern? Besteht dann nicht die Gefahr, daß die Preise auf Kosten der Beschäftigung übermäßig hoch gehalten werden? Das sind Bedenken, die aktuelle Bedeutung erhalten können.

Eine schmerzhafteste Belehrung

Illustration zum § 12 Ziffer 2 des Verbandsstatuts

In persönlichen Unterredungen mit neu aufgenommenen Kolleginnen oder Kollegen wird wohl schon manchem Funktionär die Ansicht begegnet sein, daß es doch eigentlich nicht ganz in der Ordnung sei, den Verbandsmitgliedern erst nach dreizehnwöchiger Mitgliedschaft den Rechtsschutz des Verbandes zu gewähren. Selbst langjährige Mitglieder sind oftmals gewöhnt, die einschlägige Bestimmung des Verbandsstatuts aus agitatorischen Gründen für unzumutbar zu halten.

Demgegenüber kennen die Funktionäre viel zu gut jenen Typ aus der Aufstiegsphase, der dem Verbandsbeitritt, durch den Verband seine Arbeitsverhältnisse in Ordnung bringen läßt und dann wieder im Sumpf der Unorganisierten verschwindet. Sie wissen aus diesem Grunde Wert und Bedeutung der erwählten Bestimmung wohl zu schätzen.

Ein niedlicher Beitrag zu diesem Thema wurde erst vor wenigen Tagen noch geliefert. Da ließ sich vor etwa einem Monat eine Kollegin im Verband aufnehmen, die kurz vor Beendigung ihrer Lehrzeit stand. Während der ganzen Lehrzeit hatte sie an Lohn immer etwas weniger als die Hälfte dessen, was ihr zustand, bekommen, und zwar auf Grund „freier“ schriftlicher Vereinbarung. Der Aufforderung ihres Vorstandes, ihm durch ihren gesetzlichen Vertreter Vollmacht für eine Klage auf Nachzahlung und tarifliche Entlohnung zu geben, kam sie nicht nach, so daß sich inzwischen die Lehrzeit vollendete. Eine Woche nach Abschluß der Lehrzeit Mitteilung des Haushalters, die Kollegin Soundso sei wieder ausgetreten. Weshalb? Sie bekäme nun ihren vollen tariflichen Lohn; die betr. Firma habe ihn von selbst gegeben. Und da sie dem Verbandsbeitritt beigetreten sei, um hierfür notfalls seinen Schutz zu haben, könne sie ja nun die Beiträge wieder sparen.

Überflüssig zu bemerken, daß eine solche Gefinnung nicht nur dämlich, sondern auch sehr schädel ist.

Daß sie dämlich ist, stellte sich wenige Tage später heraus: Da kam die Kollegin Soundso wieder zum Vorstand, um sich erklärt aufnehmen zu lassen. Gleichzeitig möchte sie den Vorstand bitten, doch den Differenzbetrag aus dem Lehrjahre einzulagern; denn sie — sei gestern entlassen worden, weil der „Chef“ nicht soviel Lohn zahlen wollte.

Wißt ihr, was wir dieser Kollegin gesagt haben? Es war keine Belehrung, wie mancher wohl erwartet hat. Die beste und nachhaltigste Belehrung hatte sie ja schon weg. Deswegen haben wir ihr in einem kurzen, ziemlich laut gesprochenen Satz unsere Meinung über den Fall mitgeteilt.

Und nahmen uns vor, die Ziffer 2 des § 12 nicht zu vergessen, denn er scheidet die Spreu von dem Weizen.

Niemand ist sicher

In früheren Perioden wirtschaftlichen Niederganges wurde nur eine verhältnismäßig geringe Schicht der Arbeiterschaft von der Arbeitslosigkeit verschont. Jetzt ist es anders. Die Zahl der Stammarbeiter, d. h. derjenigen, die seit Jahren in den Betrieben bleiben konnten, wird immer geringer. Keiner hat die Sicherheit, Beschäftigung zu behalten. Sehr interessante Beispiele dafür gibt das Landesarbeitsamt Westfalen in seinem Bericht vom 22. September:

„Trotz der Schwere der Arbeitsmarktkrise ist der Personenkreis der Hauptunterstützungsempfänger nicht konstant. Die Annahme, daß die Unterstützungsempfänger in einem Zuge die Unterfertigung in Anspruch nehmen bis zur Aussteuerung, ist irrig. Der Wechsel in der Versicherung ist ebenso wie in der Vermittlung außerordentlich hoch und steigt von Monat zu Monat. Während des letzten Vierteljahres sind durchschnittlich 40 bis 50 Proz. des Bestandes erst während des letzten Monats in Zugang gekommen. Die Aussteuerungen sind am zahlreichsten in den seit dem vorigen Sommer schlecht beschäftigten Saison- und Ausenberufen. Daß die großen Gruppen der Metallindustrie und des Bergbaues daran geringer beteiligt sind, erklärt sich daraus, daß die Metallarbeiter in die Krisenunterstützung aufgenommen werden, der Beschäftigungsgrad des Bergbaues erst seit diesem Frühjahr rückläufig ist, die entlassenen Bergarbeiter also ihren Unterhaltungsanspruch noch nicht ausgeschöpft haben. Diese Feststellung wird bestätigt durch die Zusammenfassung des Personenkreises der Hauptunterstützungsempfänger nach Anwartschaftszeiten. Daraus geht hervor, daß der gegenwärtige Personenkreis der Hauptunterstützungsempfänger überwiegend aus Stammarbeitern der Konjunkturberufe besteht, die jahrelang in den Betrieben tätig waren und erst durch die jetzige schwere Depression arbeitslos geworden sind.“

Das sollte den langjährig im Betriebe beschäftigten Kollegen zu denken geben.

„Sie“ war nicht im Verband!

„Sie“ hand allein!

Der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“ (Dortmund) vom 26. September entnehmen wir folgenden Verhandlungsbericht vom Arbeitsgericht, der in jeder Beziehung zum Nachdenken Anlaß gibt. Es steht uns nicht an, darüber zu urteilen, auf welcher Seite im einzelnen Wahres oder Unwahres vorgebracht wurde. Hier muß der persönlichen Vermutung Raum gelassen werden. Unabhängig davon steht jedoch fest: wir haben es noch nie erlebt, daß Unorganisierte in der Lage waren, kompliziertere Beweisverfahren durchzuführen. Bar jedes sachlich geschulten Beistandes, finden sich die Unorganisierten stets erneut vor den Schranken des Gerichts wieder als die ewig Dummen. Liegt darin nicht ausgleichende Gerechtigkeit?

Sollte „He“ mit in den Keller gehen?

„Frieda S. war Einzelgängerin bei der Drucker U. & M. Es kam zum Kampf, als das Mädchen die Maschine einige Augenblicke stillgesetzt hatte, weil sie mal wohin mußte. Frieda ging und lagte am Spittthoff (Arbeitsgericht Dortmund), wo sie noch 36,48 M. haben wollte, sie sei schaniert worden, weil sie dem Werkmeister P. nicht zu Willen gewesen sei. Der habe sie öfter belästigt, was sie sich verbeten habe. Sie sei als „alte Kuh“ und „Kandvieh“ beschimpft worden. P. habe sie erlucht, mit in den Keller zu gehen, dort wolle er ihr seinen Tr. zeigen. P. sprach von gemeinen Lügen und fragte, wie die Klägerin ihre Angaben „beweisen“ wolle. Das Mädchen berief sich auf einen jüngeren Arbeiter als Zeugen, dem aber nicht genug abzuholen war. Trotz Verabredung. P. sagte, es sei angeordnet, jedes Ausreten zu meiden und die Maschine nicht stillzusetzen. Das Mädchen habe auf einen Vorhalt gesagt, man solle den Sch. ... drei allein machen, und es habe selbst ausgeführt. Da er nicht er geschimpft und auch gedroht, sie in den A. ... zu treten. Die Klägerin erklärte noch, daß sie ihr Mühen einem Arbeiter gemeldet habe. Der habe ihr aber gesagt, sie möge sich hinter die Maschine legen.“

Der Ausschlußlosigkeit wegen wurde die Klage schließlich zurückgenommen.

Arbeitszeitverkürzung ist der Schlüssel

Durch den Konflikt in der Berliner Metallindustrie ist die Frage Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosigkeit wieder in den Vordergrund gerückt worden. Die Gewerkschaften haben den Unternehmern vorgeschlagen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Die Unternehmer haben diese Forderung glatt abgelehnt. Aber die Ausprache über das Thema Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosigkeit ist dadurch neu in Fluß gekommen. In der Zeitschrift „Kuh und Rhein“ besaß man sich damit in einem Leitartikel, der wegen einiger Auslassungen bemerkenswert ist. Zuerst wird angegeben, daß die Entwertung der modernen Industriewirtschaft eine ständige Abnahme der durchschnittlichen Arbeitszeit möglich gemacht habe. An die Stelle des 14- bis 16stündigen Arbeitsstages in der Frühzeit des Kapitalismus trat schließlich eine Normalarbeitszeit von 8 Stunden. Die Arbeitsleistung ist nicht gefallen, sondern wesentlich gestiegen. Durch die Einführung von Kurzarbeit wird weiter gezeigt, wie die Arbeit gestreckt werden kann. Die genannte Zeitschrift gibt zu, daß diese Tatsachen dafür sprechen, vermittels der Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit zu beheben. Wörtlich heißt es in dem betreffenden Artikel:

„Die technische Produktionsmöglichkeit ist vorhanden, die wirtschaftliche Abnahmefähigkeit fehlt. Gerade sie ist aber das Entscheidende. Selbst wenn wir den günstigsten Fall annehmen und damit rechnen, daß die Möglichkeit besteht, auch ohne zusätzlichen Kapitalaufwand die Arbeitszeit zu verkürzen und dafür Arbeitslose einzustellen, so werden dadurch die Selbstkosten für die Produktionseinheit nicht herabgesetzt... Der Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit liegt in der Behebung des Abfalles. Er kann sich vorübergehend künstlich steigern, wenn außerwirtschaftliche Ereignisse den Raum dafür frei machen. Von derartigen Ausnahmefällen abgesehen ist die Verbilligung der Produktion der organisch-wirtschaftliche Weg zur Abfallbehebung. Die Verbilligung der Produktion ist aber auf jeden Fall Wehrarbeit in irgendeiner Form; sei es zeitlich ohne erhöhtes Entgelt, sei es bei gleichbleibender Arbeitszeit unter Herabsetzung der Arbeitsverdienste. Sie ist das Mittel zur Überwindung des konjunkturellen Niederganges. Die Arbeitszeitverkürzung dagegen bildet den sozialen Fortschritt, mit dem die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Wohlstand in Zeiten der Hochkonjunktur teilnimmt.“

Hier wird Faltsches mit Richtigem vermengt. Die Behebung des Abfalles ist in der Tat der Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Diese Behebung aber herbeizuführen mit der Herabsetzung der Arbeitsverdienste und damit die Kaufkraft, die allein das Mittel hierzu bildet, zu schwächen, ist ein sehr abwegiger Gedanke. Die kapitalistische Entwicklung hat bewiesen, daß trotz der Verkürzung der Arbeitszeit eine Steigerung des Reallohns möglich war. Wir sind der Meinung, daß dies auch weiterhin möglich sein wird und muß. Deshalb kann man uns nicht von dem Gedanken abbringen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Diese Ansicht hat sich auch die letzte Ausschußsitzung des ADGB zu eigen gemacht, von der wir in dieser Nummer Kenntnis geben.

Sprachschaff des arbeitenden Volkes

„Wenn ich auf der ganzen Welt der einzige bin, der spricht, dann gibt es nicht nur keine Sprache, sondern nicht einmal ein Sprechen.“ So schreibt der Sprachwissenschaftler Professor Karl Bökler in seinem Werte „Geist und Kultur in der Sprache“. Die Sprache ist eine Gemeinschaft vorwärts. Sie ist aus der Gemeinschaft, durch das Zusammenleben in einer Gemeinschaft, entstanden, und je größer und komplizierter die Gemeinschaft wurde, um so größer wurde auch der Sprachschaff des Stammes, des Volkes.

Vor Jahrtausenden hatte der Mensch einen bedeutend geringeren Sprachschaff als der Mensch unserer Tage, so wie auch der geistige Schöpfergeist ein viel geringeren Sprachschaff hatte als etwa der Romanschriftsteller unserer Zeit. Die Ilias und die Odysse, diese beiden großen Dichtungen des alten Homer, enthalten zusammen rund 9000 verschiedene Wörter, und im Alten Testament hat man 5642 gezählt. Demgegenüber steht Shakespears mit rund 20 000 verschiedenen Wörtern, weil er in der Zeit der Buchdruckerkunst und der erwachenden Wissenschaft lebte und auf verschiedenen Wissensgebieten außerordentlich beschlagen war.

Man sollte einmal den Sprachschaff eines arbeitenden Menschen, der bemüht ist in der Arbeiterbewegung steht und am modernen Bildungsweisen des Volkes teilnimmt, vergleichen mit dem Sprachschaff eines Arbeitsmenschen von einst, und man würde über den Unterschied noch mehr staunen. Ja, man braucht gar nicht einmal so weit in der Geschichte zurückzugehen. Es genügt, wenn man die Sprachkultur eines Arbeitsmenschen der Jahre 1850 bis 1800 mit der Sprachkultur eines Arbeitsmenschen von 1920 bis 1930 vergleicht, um zu dem Ergebnis eines ungeheuren kulturellen Aufstiegs zu gelangen.

Einer der bedeutendsten Sprachwissenschaftler, Professor Müller-Ostorf, gibt in seinen „Vorlesungen über die Wissenschaft der Sprache“ den Sprachschaff eines englischen Landarbeiters um das Jahr 1860 mit 900 Wörtern an, und es gilt seitdem in der Wissenschaft als feststehend, daß der Sprachschaff eines einfachen Menschen um das Jahr 1860 so unbedeutend war.

Welch ein Unterschied aber zwischen dieser Armut an Sprachgut vor 70 Jahren und diesem Reichtum der Sprache des arbeitenden Volkes jetzt! Wer kann heute noch mit 900 Wörtern fertig werden? Selbst der einfache Mensch des Volkes hat heute im Zusammenleben einen größeren Wortreichtum nötig, und besonders der bemüht ist in der gewerkschaftlichen Bewegung lebende Mensch, der als solcher auch am Bildungsweisen seiner Zeit teilnimmt, unterliegt sich in ganz auffällender Weise von jenen einfachen Menschen um 1860.

Diese 70 Jahre haben einen ungeheuren Bildungsaufstieg im Volke gebracht. Es waren die Jahrzehnte der modernen Arbeiterbewegung. Die Jahrzehnte, in denen die schaffenden Menschen zur Erkenntnis ihres Wesens und zum Bewußtsein ihres Rechtes erwachten. Es waren die Jahrzehnte des organisatorischen Zusammenflusses, in dem die Sprache beim Werden, in den Versammlungen, auf den Tagungen wie in der Presse der Organisierten eine ungeheure Rolle zu spielen begann. Ja, durch ihre Blätter lernten viele überhaupt erst lesen, und konnten dann praktisch zu nutzen. Kernteile ihrer Blätter zu weiten und zugleich damit neues Sprachgut zu erwerben, ohne das die Welt, als bisher gekannt, nicht zu begreifen und zu erfahren war.

So wie die Bewegung selber in die Breite und in die Tiefe wuchs, wie sie immer neue Aufgaben erlachte und immer mehr von der Bewegung für die Werte nur des Tages zur Kulturbewegung wurde mit großem Erfolg, so wuchsen mit der Bewegung auch die Menschen, die Mitglieder dieser Bewegung an Weisheit und Kulturgefühl. Vom ersten Ahnen eines sozialer Rechtes wuchsen schaffende Menschen zu der Erkenntnis, Träger einer Weltentstunde zu sein.

Ist es da anders möglich, als daß durch solche Kulturbewegung auch das Sprachgut wuchs? Daß die Sprache von der Verknüpfung für die einfachen Bedürfnisse eines primitiven Zusammenlebens zum Kulturgut wurde, das den schaffenden Menschen in allen Gebieten des geistigen Lebens wurzeln läßt?

So betrachtet, steht die gewerkschaftliche Bewegung in ihrer ungeheuren Kulturbedeutung da. Sie war es, die den Blick mit dem sozialen Rechte zugleich zum Rechte an geistigen Gütern leitete. Die das volle Persönlichkeitsrecht des einzelnen weckte und das Recht des schaffenden Menschen zum Rechte auf Welt geweitet hat.

Die Bildungsbewegung, wie die Gewerkschaften sie durch Ausbau der Presse und Ausbau der Arbeit in Vorträgen und Kursen leisteten, ist darum ein wesentliches Stück des gewerkschaftlichen Gedankens. Der Mensch soll das Leben von solcher Wärme schauen und durch umfassende Erkenntnis reifen zum Kampfe um, das was alle im Leben die Kraft seines Rechtes laugt.

Der Sprachschaff des modernen schaffenden Menschen wird darum, was nie in der Geschichte war, in einen ganz bestimmten kulturellen Erziehungsdienst gestellt. Die Wörter sind nichts ohne die Persönlichkeit, die die Wörter beherrscht. Das Wissen ist nichts, wenn es nicht umgeschmolzen wird zu innerlichen Energien.

Da sollst kämpfen und deine Kampfaufgabe in der ganzen kulturellen Größe ihres Ziels erleben! Da in der Solidarität und Kampfkraft, da in der Opferfreude und im gähen Willen eines großen Ziels zittert die Sprache der Jahrtausende hinauf zu neuen Höhen der Menschheit.

Dr. Gustav Hoffmann.

Auf der Walze

Der nachfolgende Abschnitt ist dem Arbeiterroman „Aus der Art erschlagen“ von A. Scharrer (Preis 4,50 M.) entnommen. Das Buch erscheint in Serie im „Bilderverlag“, Berlin SW 61.

Infolge des tiefen Schnees machten sich die Vorteile meiner schweren, harten Siesel bemerkbar. Der beruhtige Wagen verweigerte alle triben Stimmungen. Das emige Wasser im Bach, das plätschernd gegen eisse Erldung kämpfte, die Ruhe des Waldes, die Bäume und Berge im Schnee, ein stiller Brot und Wurst in der Tasche und die Aussicht, die kommende Nacht die Verpflegungstation zu erreichen, am andern Tag eine Jagstelle und dort das Heisegeld für drei im „Schwarzwald“ verbrachte Tage: Ich zog singend meinen Weg.

Auf halbem Wege felsen Bäume. Die Stimmen der Waldarbeiter wurden hörbar.

Ich ging vorüber. Dazu noch einmal Abschied nehmen. Es war doch alles so selbsterfindlich, das Obdach für die Nacht, und daß ich am Morgen wieder ging.

Das nächste Dorf kam in Sicht. Die Schornsteine rauchten. Ich beschloß, das Dorf nicht eher zu verlassen, bis ich irgendwo Mittagessen befame.

Doch das erste Haus sagte mir nicht zu. Warum? Ich suchte noch nach dem Grund, als ich schon vorüber war.

Das zweite Haus lag still und stumm an der Straße. Es sah nicht sehr einladend aus. Warum? Ich wollte mir nicht gefehen, daß ich nur einen Anlaß suchte, vorbeizugehen.

Ich ging an allen Häusern vorbei, ärgerlich über mich selbst, und tröstete mich: „Ich hab' es eben noch nicht nötig! Wenn es nicht mehr anders geht, werde ich schon wieder meinen Mann stehen!“

Aber woher nur diese Feigheit, die habe ich doch früher nicht gefannt?!

Die Fänge wurden mir schwer, die Riemen, mit denen meine Siesel festgeschnallt waren, drückten. Ringsum Schnee, keine Gelegenheit, mich zu waschen, um auszuruhen. Zwölf Kilometer Weg ermüden mehr als die doppelte Strecke ohne Schnee und mit passenden Schuhen.

Ringselbend tauchte am Spätnachmittag wie ein Jhnl vor mir auf ein Tal.

Das Mühlenrad drehte sich unter einem Eisgebirge. Die Eichen im Hintergrund hielten ihr rotes Laub in die untergehende Winter Sonne. Aus einer Schmelze dröhnten klingende Hammerschläge.

„Wo ist hier die Verpflegungstation?“

Der alte Mann, den ich fragte, deutete nach dem oberen Dorf, beschrieb ein Haus. Ein Stellmacher, sagte er, ist es, bei dem ich mich melden soll.

Ich trat in die Werkstatt. Der Meister musterte mich nur kurz und fragte: „Papiere in Ordnung?“ Als ich bejahte, brummte er: „Machen ja schon recht früh Station!“

„Mir tun die Füße weh“, entschuldigte ich mich. Er deutete in eine Ecke auf eine Bank und arbeitete weiter, sprach kein Wort mehr mit mir. Ein Lehrling sprang eifrig um ihn herum. Ich laß von vier bis sieben Uhr an dem schon erstaltenden Ofen.

Dann machte der Meister Feuerabend. Kurz darauf brachte der Lehrling einen Teller lauwarme Erbsensuppe und ein Stück Brot und sagte: „Wenn Sie gegessen haben, sollen Sie oben klopfen.“

Darauf kam die Waga der Schwester oder Frau und ging vor mir her, schloß neben der Kirche das Spritzenhaus auf und führte mich in einen provisorisch mit Brettern ausgeschlagenen Raum, in dem eine roh zusammengelagerte Bettstelle stand, auf der zwei alte schmucklose Decken lagen. Dort mußte ich in einem antiken Buch quillieren, daß sich die Gemeinde Ringselbend durch Abendrot und Nachtquartier an mir verdient gemacht hatte. Dann holte sie einige Scheite Holz, stellte sie in den Ofen und zündete sie an. Ihre Papiere mußten morgen früh vom Gendarm abholen“, belehrte sie mich dann noch und schloß den Bretterverschlag und das Spritzenhaus geräuschvoll zu.

Die beiden alten Decken schülten nicht vor Kälte, und der Ofen wurde durch die wenigen Scheite Holz kaum richtig warm. Die Müdigkeit übermannte mich dennoch. Bis gegen drei Uhr schlief ich, um dann, wie ich mir erhofft, zu erwachen. Als ich die Augen in der kalten Nacht, in dem oben dunklen, Raum umherstarrte, kamen mir allerlei Gedanken. Unter anderem auch der, das Spritzenhaus in Brand zu stecken. Dann wurde ich für den Winter verorgt, und voraussichtlich ist es im Gefängnis erträglich.

Als die wortkarge Tante mit ihrem Schlüssel und ihrem stumpfsinnigen Gesicht um sieben Uhr morgens öffnete, fragte ich sie: „Wieviel sind denn hier schon ertrzen?“

„Bis jetzt noch keiner“, gab sie mir zur Antwort und ging wieder stumm vor mir, denn ich hatte ja auch noch „Frühstück“ zu bekommen. Es bestand in einer Tasse lauwarmen Brühe und einem Stück Brot, das man mir auf dem Flur reichte. Ich trank die Bihörnerbrühe wütend aus und ging zu dem Gendarmen, um meine Papiere zu holen.

Die Frauensache und die wirtschaftliche Not

In diesem Wahlkampf ging es um ausgesprochen wirtschaftliche Ziele. Er wurde in der Zeit größter wirtschaftlicher Not geführt. Es war ein Wahlkampf, der jeden einzelnen in seinem wirtschaftlichen Lebensnerv berührte. Trotzdem zeigte die Wahl, daß die wirtschaftlichen Gefahren für die Existenz bei großen Massen von Frauen einfach gar nicht besteht in einem gewissen Sinn.

Aus verschiedenen Städten des Reiches, in denen Frauen und Männer getrennt abgestimmt haben, erfahren wir jetzt das Ergebnis dieser äußerst interessanten Versuche zur Erforschung der Frauensache, und da erfahren wir, daß die Jentruumstimmen bis zu etwa 2/3 aus Frauenstimmen bestanden und daß beim Evangelischen Volksdienst sogar dreimal so viel Frauenstimmen als Männerstimmen gezählt worden sind.

Bei dem ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter dieser Wahl berechtigt uns dieses Ergebnis noch mehr als das ähnliche in früheren Jahren dazu, die wirtschaftliche Aufklärung den Frauen gegenüber nicht zu geben, ohne diese wirtschaftlichen Gedanken zugleich wurzeln zu lassen in der Frauensache.

Der jahreslang in unseren Reihen steht, weiß, daß unsere wirtschaftlichen Ziele zugleich der Boden für eine neue Kultur des Geistes und der Seele des Menschen sind. Aber viele Frauen, die uns noch fernsehen, sehen im gewerkschaftlichen Kampf nur den Kampf um den Lohn, ohne darin zugleich den Kampf um die Befreiung des Menschen zu erkennen. Und es fehlt ihnen etwas. Etwas Wesentliches. Aus dem Unbewußten der Frau heraus sträubt sich da etwas gegen alle nur an den Bestand gerichteten Versuche.

Wir gewinnen die Frau für eine neue wirtschaftliche Gestaltung der Welt nur, wenn die Frau auch eine Seele dieses neuen Weltbildes fühlt. Und wir machen die Frau des gewerkschaftlich organisierten Menschen nur dann zu seinem Kameraden und Kampfgenossen, wenn die Frau diese wirtschaftliche Welt des Mannes in ihrer Seele auch erlebt. In diesem Sinne bietet sich uns in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine praktisch bedeutungsvolle Aufgabe gegenüber dem Kampfgedanken.

Grammophonplatten

Es wird immer toller auf der Welt. Eine Erfindung jagt die andere. Wir wissen bald nicht ein noch aus.

So hat jetzt ein Wiener Ingenieur nach Wiener Zeitungsmeldungen einen Apparat hergestellt, der eine Umwälzung auf dem Gebiete der Lautwiedergabe — Musik, Gesang, gesprochene Worte, Radio und Grammophon — bedeutet.

Die Aufnahme eines Orchesters, eines Sängers oder Redners erfolgt durch das Mikrophon, das die Töne über einen Verstärker zur Membrane leitet, die eine Platte mit der Nadel beschreibt. Diese Nadel besteht aus einem papierdünnen, elastischen Material, ähnlich wie Zelluloid. Wenn die Platte beschriebene ist, wird sie mit einem in eine bestimmte Festigkeit getauchten Stofflappen eingerieben; die Festlegung geht mit der Platte eine chemische Verbindung ein, durch die das Material sofort zu solcher Härte erstarrt, daß eine solche Platte nach zweitausendmaligem Beispielen durch die Grammophonnadel keine Veränderung erleidet. Dieser Vorgang nimmt weniger als eine Minute in Anspruch, so daß der Sänger, bevor er noch seine Platen vom Klavier wegräumt, bereits seine Arie in der Wiedergabe hören kann!

Wir werden also in Zukunft nicht nur in zahllosen Photos, in riesigen Familienalben vereinigt, unsere sämtlichen Familienmitglieder, Anverwandten, Freunde und Freundinnen für alle Zeiten aufbewahren, wir werden auch ihre Stimmen leicht in Selbstfabrikation in hauchdünnen Platten sammeln.

Ja, ganz raffinierte werden ihre Briefe der Einfachheit halber auf Platten sprechen und wegessen.

Von der Wiege an werden wir die Stimmchen unserer Kinder sammeln und an schönen freien Abenden vorspielen. Verträge werden am besten in Zukunft auf Platten festgelegt.

Der „letzte Wille“ kann auf eine solche Platte gesprochen werden. Ja sogar Reden, Konzerte usw., die uns per Radio übermittelt werden, können wir uns für alle Zeiten festhalten.

Und da wir alles selbst entwickeln können, wird uns das alles doppelt großen Spaß machen.

Bis in der „Metallarbeiterzeitung“.

Lesende Menschen

Ich lese in einem Buche. Allerdings kann man es nicht recht nur lesen nennen. Denn es sind Gedächtnis und die liest man nicht nur. Die liest man. Bedächtigt und ernst. Die liest man still auf sich wirken. Zeile um Zeile. Und ist man zu Ende, dann ist man doch nicht zu Ende. Dann lebt es noch nach in der Seele. Dann lebt man noch ganz im Geiste des Gedächtnis. Und man mag kaum blättern, das Gehe nicht zu stören, weil es noch klingt.

Doch wenn wir dann blättern, dann blättern wir ruhig, gemessen. Feierlich nehmen wir Abschied vom Gedächtnis, uns dem neuen Gedächtnis dann zugewenden, dem gleichen Werke dieses Dichters, der so aus unserer Seele das Erlebnis zaubert, das beim Schaffen des Gedächtnis in seiner Seele war.

Aber dann sehe ich hier und dort Menschen beim Lesen die Seiten verschlingen. Da flattern die Blätter. Da schlagen sie Seite auf Seite um. Hehend. Ohne Bedacht und Erlebnis. Man weiß es: Unterhaltung, nur auf äußerliche Spannung eingehend. Nichts als bewußte Aufpeisung entbehrlicher Menschen. Betäubung des Heiligen einer Menschenseele durch Kitzel. Wie sonst im Leben! Hegen und Zagen überall. Keine Ruhe und keine besinnliche Kultur. Kein Erleben von menschlichen Tiefen der Seele. Alles veräußert, weil die Wirtschaftsordnung veräußert ist und ohne Seele ist.

Und wir sehen uns durch den Rhythmus unseres Lebens und blättern und blättern, Tag um Tag und Jahr um Jahr.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die geheimnisvolle Straße

Ich suche in München ein ganz bestimmtes Gebäude. Und weiß nicht, wo es sein könnte. Frage also am Bahnhof einen Portier.

„Das Haus is in dr Balleisstraße!“

„Danke schön!“ erwidere ich und fahnde nach der Balleisstraße. Zunächst im Adreßbuch. Keine Balleisstraße. Ich suche nach Balleis. Nach Balleis, nach Balleis. Ich suche lange ergebnislos. Die Straße gibt es nicht.

Ich trete aus dem Bahnhof, gehe auf einen Dienstmann zu: „Bitte, lassen Sie mir, wo die Balleisstraße ist.“

Er sieht mich an, grinst und sagt: „Balleisstraße? Links vor, die zweite Querstraße links hinein!“

Ich suche, suche, suche. Nichts von einer Balleisstraße zu finden. Ich rede ein junges Mädchen an, ob sie mir nicht sagen könne, wie die Balleis...

„Gibt's gar net!“ entkeißelt sie und entleitet.

Ich frage einen alten Herrn. Der sieht mich lange verundert an. Dann zeigt er verblissen und stumm auf ein Straßenschild. Und da habe ich meine Balleisstraße gefunden! Ich lese: Paul-Heyse-Straße.

Der alte Herr sieht mich finster an. Ich danke ihm. Er geht bedachtlos weiter und drabbelt vor sich hin: „Saupreis, dämlicher, Spinner!“

Eine fidele Gerichtsverhandlung

Ein ehemaliger Arbeiter stellte bei der Landesversicherungsanstalt Rheinproving einen Antrag auf Gewährung von Invalidenrente und legte gegen den abweisenden Bescheid Berufung beim Oberversicherungsamt Düsseldorf ein. Die Sache wurde vor längerer Zeit vor dem Oberversicherungsamt in Essen, Hindenburgstraße, verhandelt.

Der Landesrat stellte hierbei an den Kläger die Frage, ob er nicht einen Hausierhandel betriebe und welchen Verdienst er dabei habe. Da der Betrag sehr gering schien, fragte der Vorsitzende nochmals, ob er nicht zu wenig angegeben habe. Hierauf erwiderte der Kläger, daß er das schon tun müsse, da auch das Finanzamt immer solche Fragen stelle. Und nicht zu hohe Steuern zu bezahlen, könne er nicht alles angeben. Auf die Vorhaltungen des Arbeitnehmerbesitzers, daß man doch nicht lügen dürfe, erwiderte der Kläger: „Es ist nicht so schlimm, da gehe ich beichten, und die Sache ist wieder gutgemacht.“ Diese Erklärung führte am Gerichtstisch und im Zuhörerzimmer zu einer Heiterkeit, daß die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

